

„Ein Ort, an den man gerne geht“

Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989

von Claus Leggewie und Erik Meyer

Gegenstand der vorliegenden Monografie ist der Entstehungsprozess des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin, das sich Gerhard Schröder einem umstrittenen Bonmot zufolge als einen „Ort, an den man gerne geht“ gewünscht hat. Im Anschluss an Arbeiten zur Vergangenheitsbewältigung sowie zur Figuration des kollektiven Gedächtnisses wird die Bedeutung der das Projekt begleitenden Debatte für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit diskutiert und vor allem die Fragestellung verfolgt, wie die öffentliche Diskussion schließlich in eine legitime politische Entscheidung über die zentralen Streitpunkte übersetzt wurde. Damit wird die Forschungsdiskussion über Erinnerungskulturen um eine bisher fehlende genuin politikwissenschaftliche Perspektive ergänzt. Diese orientiert sich an der Eigenlogik des politischen Prozesses wie sie auch in der Bearbeitung konventioneller Materien zum Ausdruck kommt und würdigt insbesondere den Beitrag parlamentarischer Beratung. Zum Verständnis des auf der Grundlage einer breiten Quellenbasis rekonstruierten Verlaufs des Denkmalssetzungsprozesses wird dieser in den Kontext übergreifender Entwicklungen der Auseinandersetzung mit Diktaturen und Völkermorden sowie relevanten Ereignissen der Politikgeschichte nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eingeordnet. So entsteht eine dichte Beschreibung von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Deutschland im Zeitraum von 1989 bis zum Beginn des Jahres 2005.

Das Buch gliedert sich in drei Hauptteile. Der erste Teil erörtert unter dem Titel „Personen und Positionen“ wesentliche zeithistorische Voraussetzungen, die zum Verständnis des Verlaufs der Debatte um das Holocaust-Mahnmal beitragen. Hierzu zählen sowohl der geschichtspolitische Konsens der alten Bundesrepublik, den die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 langfristig gestiftet hat, als auch der Versuch dessen Revision im Rahmen des so genannten „Historikerstreits“. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung in der politischen Öffentlichkeit stand die These von der Singularität des Holocaust, die – was die Widmung angeht – auch Ausgangspunkt der Initiative für ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ war, wie sie 1988 von der Publizistin Lea Rosh und dem Historiker Eberhard Jäckel vorgetragen wurde. Die exklusive Widmung markiert eine der grundsätzlichen Konfliktlinien in den folgenden Jahren, insofern sie etwa aus der

Perspektive anderer Opfergruppen des Nationalsozialismus als Hierarchisierung der Opfer wahrgenommen wird. Gleichmaßen gerät die Denkmalsinitiative von Beginn an in Konkurrenz mit bereits etablierten zivilgesellschaftlichen Akteuren vor allem der Berliner Erinnerungskultur, die die nationalsozialistischen Täter stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken wollen. Während diese Konstellation noch von der „Bonner Republik“ geprägt ist, entsteht mit dem Ende der DDR-Diktatur für das vereinte Deutschland eine neue Situation, nämlich die Herausforderung einer angemessenen Kommemoration beider Vergangenheiten. Die Behandlung dieser Problematik durch das politische System wird exemplarisch an der Umgestaltung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald erörtert.

Im zweiten Teil werden ausgehend von der Grundsatzentscheidung für den Bau des geforderten Denkmals die Schritte zu dessen Realisierung rekapituliert. Die chronologische Darstellung orientiert sich zunächst an den zur Auswahl eines Gestaltungsentwurfs veranstalteten Wettbewerben. Im Gegensatz zu anderen Arbeiten wird weniger die Auseinandersetzung um die angemessene ästhetisch-architektonische Gestaltung der geplanten Gedenkstätte unter dem Gesichtspunkt der Interpretation symbolischer Gehalte diskutiert. Im Mittelpunkt stehen stattdessen die Relevanz von administrativen Vorgaben und Verfahren der Entscheidungsfindung unter Einbeziehung von Experten sowie die Bedeutung politischer Rahmenbedingungen. Dabei werden unter anderem wechselnde parlamentarische Mehrheitsverhältnisse, Aspekte der Politikverflechtung zwischen Bund und Land und die Einrichtung eines Kulturressorts auf Bundesebene berücksichtigt. Der Denkmalssetzungsprozess im engeren Sinne und seine Diskussion in der politischen Öffentlichkeit wird darüber hinaus im Hinblick auf geschichtspolitisch bedeutsame Ereignisse wie die so genannte Wehrmachtsausstellung (1995-1999), die Debatte über die umstrittenen Bücher von Daniel J. Goldhagen und Norman Finkelstein sowie die Rede von Martin Walser in der Paulskirche vom 11.9.1998 kontextualisiert. Schließlich wird der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 25.6.1999 für den Bau eines Entwurfs des Architekten Peter Eisenman nicht als Endpunkt des Entscheidungsprozesses aufgefasst. Vielmehr wird die Errichtung des Denkmals sowie die Konzeption des zur Ergänzung des Stelenfeldes beschlossenen „Ort der Information“ durch eine eigens eingerichtete Stiftung in die Untersuchung einbezogen. Auch für die Phase der Umsetzung des Vorhabens (1999 - 2005) werden die wesentlichen Akteure und Arenen der Auseinandersetzung um divergierende Gestaltungskonzepte unter geschichtspolitischen Gesichtspunkten analysiert.

Im dritten Teil des Buches wird unter dem Titel „Paradoxien und Perspektiven“ die Bedeutung des entstandenen Monuments im Hinblick auf den Wandel des politisch-kulturellen Hintergrunds reflektiert. Damit wird das Holocaust-Mahnmal in aktuelle erinnerungskulturelle Entwicklungen eingeordnet. Dazu gehört die sich abzeichnende Diskrepanz zwischen offiziellem Gedenken und privatem Familiengedächtnis, in dessen Mittelpunkt die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs stehen. Dieser Diskurs manifestiert sich öffentlich in den publikumswirksamen Publikationen einer familienbiografischen Erinnerungsliteratur sowie in der Initiative für die Einrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Ähnliche Tendenzen zeigen sich in einschlägigen Artefakten der audiovisuellen Massenmedien, die exemplarisch diskutiert werden. Eine weitere Herausforderung etablierter Formen der deutschen Erinnerungskultur markiert die vor allem pädagogische Bearbeitung des Nationalsozialismus in einer Einwanderungsgesellschaft. In dieser Perspektive ist sowohl eine Transnationalisierung als auch eine Aktualisierung der Holocausterinnerung in Bezug auf andere Völkermorde zu konstatieren. Dieser Wandel wird nicht zuletzt als Ergebnis der zunehmenden zeitlichen Distanz zum historischen Geschehen aufgefasst und resultiert schließlich in dessen *Relationierung* (nicht: Relativierung!): Die für das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ konstitutive Bezugnahme auf die Singularität des Holocaust erschließt sich im Kontext der dargestellten Transformationsprozesse auch in der Reflektion auf andere historische Phänomene.